

Make it real, now!

Neues zum kritischen Umgang
mit Coca-Cola Produkten



Inhalt

Vorwort: Die Macht des Konsumierenden	3
Rückblick: Anliegen des Boykotts 2007	4
Coca-Cola Boykott zieht weite Kreise	5
Dialog mit Coca-Cola Deutschland	6
Kolumbien	7
Indien	13
Unser Fazit	17
Ausblick: Wie geht es weiter?	19
Forderungen an Coca-Cola	19
Was bedeutet das für unser Engagement?	21
Links	22
Anmerkungen und Quellen	23



Impressum

Make it real, now! – Neues zum kritischen Umgang mit Coca-Cola-Produkten

Herausgeber: Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf

Redaktion: Johanna Menzinger, Susanne Rauh, Sussan Ipaktschi,
Andreas Bierod, Wilfried Wunden

Kontakt: Sussan Ipaktschi
Referat für Entwicklungsfragen
BDKJ-Bundesstelle
Tel. 0211/4693 176
E-Mail: ipaktschi@bdkj.de

**Layout und
Produktion:** mattheo – Agentur für die Kirche, Trier/Düsseldorf

© 2010 BDKJ Bundesvorstand, Düsseldorf

Vorwort

Die Macht des Konsumierenden

Mit ihrem Beschluss „Ethische Verantwortung von multinationalen Unternehmen ist gefordert“ hat die BDKJ-Hauptversammlung im Jahr 2007 zum kritischen Umgang mit Coca-Cola – Produkten aufgerufen. Die Begründung lautete, dass das Unternehmen seiner sozialen und ethischen Verantwortung nicht ausreichend nachkomme und sich innerhalb des eigenen Konzerns sowie in den Partnerunternehmen nur unzureichend für die Einhaltung der Menschenrechte einsetze.

Der Boykott hat in den katholischen Jugendverbänden hohe Wellen geschlagen und tut dies auch heute noch. Viele Fragen sind aufgetaucht: Was nützt es, ein riesiges Unternehmen wie Coca-Cola zu boykottieren, wo es doch nur eines unter vielen ist? Können wir überhaupt etwas ausrichten? Welche Auswirkungen hat unser Konsumverhalten auf Mensch und Umwelt?

In der Broschüre „Happiness in a bottle“, die Anfang 2008 erschien, wurden die Gründe, die zum Boykott geführt haben, dargelegt. Diese Broschüre soll nun darüber informieren, was in der Zwischenzeit geschehen ist, was erreicht wurde und wie es weiter gehen soll.

Die wichtigste Auswirkung des Boykotts können wir jedoch gleich zu Anfang vorweg nehmen: Er hat vor allem dazu beigetragen, dass immer mehr Gruppen und Verbände im BDKJ und darüber hinaus sich mit dem Thema „Kritischer Konsum“ befassen. Dies belegen zahlreiche Aktionen der katholischen Jugendverbände. Schnell wurde deutlich, dass die Notwendigkeit des „kritischen Umgangs“ nicht nur die Produkte des Coca-Cola Konzerns betrifft. Kritisch konsumieren heißt, ständig wachsam zu sein, zu hinterfragen, Politik mit dem Einkaufskorb zu betreiben und Veränderungen einzufordern!

Rückblick:**Anliegen des Boykotts 2007**

Zum Einstieg greifen wir hier kurz unsere Kritik am Coca-Cola Konzern von 2007 auf, wie sie in der Broschüre „Happiness in a bottle“ beschrieben ist:

- 1) *„Coca-Cola kommt seiner sozialen und ethischen Verantwortung nicht ausreichend nach.“*
Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, die Menschenrechte durch schlechte Arbeitsbedingungen zu verletzen¹.
- 2) *„Innerhalb des eigenen Konzerns sowie Partnerunternehmen setzt sich die Coca-Cola Company² nicht ausreichend für die Einhaltung des Menschenrechtes auf freie Gewerkschaftsbildung ein.“*
In Kolumbien waren Gewerkschaftsmitarbeitende permanenten Gefahren durch paramilitärische Organisationen ausgesetzt. Mitarbeiter/-innen von Coca-Cola-Abfüllbetrieben wurden von paramilitärischen Vereinigungen massiv bedroht. Zwischen 1996 und 2002 wurden insgesamt neun Gewerkschaftsmitglieder ermordet.
- 3) *„Die Produktion bedroht die Umwelt“*
In Indien wird dem Unternehmen vorgeworfen, dass der hohe Wasserverbrauch der Coca-Cola – Abfüllbetriebe wesentlich zur Absenkung des Grundwasserspiegels beigetragen hat. Dies führte zu Wasserknappheit in einigen Regionen und die Beeinträchtigung der Landwirtschaft. Außerdem soll Produktionsmüll an umliegende Bauern als Dünger verkauft worden sein, wodurch Boden und Grundwasser verschmutzt wurden.
- 4) *„Die Coca-Cola Company lässt den Eindruck entstehen, dass sie das Eigentum des Konzerns höher bewertet als eine ausreichende Grundwasserversorgung“*
Als ein Gericht die Schließung einer Coca-Cola – Abfüllanlage in Indien anordnete, akzeptierte Die Coca-Cola Company diesen Beschluss nicht. Im anschließenden Revisionsverfahren bekam die Coca-Cola Company Recht, das bedeutet, dass in den Augen der Betroffenen die Unternehmensinteressen höher bewertet wurden als die Grundwasserversorgung der Bevölkerung.
- 5) *„Die Firmenpolitik hat sich seit den ersten Vorwürfen in den 1990er Jahren nicht verändert.“*
Die Coca-Cola Company hatte bis dahin nicht erkennen lassen, dass sie die Kritikpunkte ernst nahm. Hauptsächlich wurde mit Imagekampagnen und mit einzelnen so genannten CSR-Projekten (Corporate Social Responsibility), die nicht die eigene Produktions- und Vertriebskette betreffen, reagiert.³

Coca-Cola Boykott zieht weite Kreise: Im BDKJ und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen**Im BDKJ:**

Der Aufruf zum Boykott ist auf große Resonanz gestoßen. Viele Gruppen haben ihn zum Anlass genommen, um sich mit „Kritischem Konsum“ auseinanderzusetzen.

Viele Mitglieds- und Diözesanverbände des BDKJ bestätigten den Boykott mit eigenen Beschlüssen. Sie erstellten Arbeitshilfen zum Kritischen Konsum, führten Bildungsveranstaltungen und Aktionen zum Thema durch, und machten sich daran, den Konsum im eigenen Umfeld verstärkt nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Beispiele sind die Arbeitshilfe „Kritischer Konsum“ der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) in der Hintergründe und Handlungsmöglichkeiten zu verschiedenen Produktgruppen beschrieben werden, oder die Broschüre des BDKJ Diözesanverbandes Bamberg, die unter anderem Orientierung im Siegeldschungel geben soll. Der Diözesanverband der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) in Köln hat das Spiel „Flaschendreher“ etwas abgewandelt und zum Info- und Bildungsspiel zum Coca-Cola – Boykott gemacht, die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) nähert sich dem Thema mit dem Kartenspiel „Global“.

Viele Jugendbildungsstätten bemühen sich faire und ökologisch verträgliche Produkte einzuführen, und haben von Coca-Cola auf andere Getränke umgestellt. Ein Vorzeigebispiel ist sicher die Jugendbildungsstätte Rolfeberg des BDKJ-Diözesanverbandes Aachen, die dafür bereits mehrfach ausgezeichnet wurde. Doch auch anderswo bewegt sich viel. So führt der BDKJ-Diözesanverband Paderborn, eine Fortbildung zur ökofairen Ausstattung von Jugendbildungsstätten und Tagungshäusern durch. Originell ist auch die Idee des KjG - Diözesanverbandes Paderborn ein Siegel für faire Ferienfreizeiten einzuführen.

Diese Aufzählung kreativer Beispiele ist natürlich keineswegs vollständig. Um einen umfassenderen Überblick zu ermöglichen, hat der BDKJ-Bundesvorstand im Mai 2008 die Internetplattform www.bdkj.de/kritischerkonsum gestartet. Dort können Gruppen, Verbände und alle die aktiv sind, ihre Aktionen und Ideen zum Thema hochladen.

Viele Mitglieds- und Diözesanverbände haben in der Zwischenzeit auch eigene Beschlüsse zum Thema gefasst. Eine Übersicht darüber gibt es ebenfalls unter www.bdkj.de/kritischerkonsum.



Unsere Verbündeten:

Auch über den BDKJ hinaus schlug der Coca-Cola – Boykott Wellen. Im Rahmen des Katholikentages 2008 hatte der BDKJ-Bundesvorstand zur fairen und ökologischen Ausrichtung und damit unter anderem zum Verzicht auf Coca-Cola – Produkte aufgerufen. Mit Erfolg. Auch die Arbeitsgemeinschaft Jugendpastoral der Orden (AGJPO) schloss sich dem Aufruf an. Darüber hinaus haben sich viele katholische und evangelische Gemeinden mit dem Boykott auseinandergesetzt und die Anliegen des BDKJ unterstützt. Es gelang dem BDKJ den Boykott innerkirchlich zum Thema zu machen.

Nach wie vor gibt es weltweit viele Universitäten, Unikliniken und Betriebe, die auf Druck ihrer Studierenden, Betriebsräte oder Gewerkschaften die Verträge mit Coca-Cola aufgekündigt haben und auf andere Produkte umgestiegen sind, um ein klares Zeichen zu setzen. Erst Ende 2009 haben sich in Norwegen mehrere Universitäten dieser Tendenz mit einer klaren Botschaft an das Coca-Cola Management angeschlossen und Exklusivverträge mit Coca-Cola nicht verlängert.

Dialog mit Coca-Cola Deutschland

Die Coca-Cola GmbH in Deutschland reagierte prompt auf die Beschlüsse der katholischen Jugendverbände und lud Vertreter/-innen von BDKJ-Bundesvorstand, KLJB und DPSG zu einem ersten Gespräch ein. Seitdem führen die Jugendverbände und die Coca-Cola GmbH einen Dialog, der von gegenseitigem Interesse geprägt ist. Dieser Dialog wird von Seiten Coca-Cola von Mitarbeiter/-innen und Leitungspersonen wahrgenommen, die alle in unterschiedlicher Form für den Bereich Corporate Identity und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind. Daraus kann man schließen, dass der Dialog und die damit verbunden inhaltlichen Fragen für Coca-Cola insbesondere ein Anliegen des Images sind.

Bisher hat es neben dem schriftlichen Informationsaustausch in regelmäßigen Abständen vier Gespräche gegeben, in denen die Jugendverbände ihre Anliegen und Forderungen mit den Mitarbeiter/-innen der Coca-Cola GmbH diskutierten. Meistens standen sich die unterschiedlichen Positionen gegenüber, ohne dass eine Einigung erzielt werden konnte. In einzelnen Punkten konnten jedoch Vereinbarungen getroffen werden, die auf eine Verbesserung der Situation zielen.

Nicht nur auf Bundesebene, auch in verschiedenen Diözesen fanden Gespräche mit Vertreter/-innen des Unternehmens oder dessen Filialen statt, zum Beispiel wenn es darum ging, die Getränke eine Jugendbildungsstätte umzustellen.

Im folgenden Abschnitt stellen wir die wichtigsten Eckpunkte und den aktuellen Stand der Diskussion in Kolumbien und Indien dar.

Kolumbien

Argumentation von Coca-Cola

Auf die Kritik an der Situation in Kolumbien hat die Coca-Cola GmbH von Beginn an mit folgenden Argumenten reagiert:

Zur Einhaltung der Arbeitsrechte: Es gibt Leitprinzipien für die Zulieferer von der Coca-Cola Company⁴, deren Einhaltung regelmäßig überprüft werden und die auf der Basis der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labor Organisation - ILO) der Vereinten Nationen⁵ verfasst worden sind. Auch die Löhne betragen mehr als das Doppelte des gesetzlichen Mindestlohnes und der Grad der gewerkschaftlichen Organisation unter Coca-Cola Mitarbeitern ist im Landesvergleich überdurchschnittlich hoch.

Zur Bedrohung und Sicherheit der Mitarbeitenden: Der Coca-Cola – Abfüller vor Ort führt folgende Maßnahmen durch: Transporte vom und zum Wohnort, Wohnungsdarlehen, bezahlter Urlaub bei Bedrohung, unbezahlter Urlaub bei längerer Bedrohung, Arbeitsplatz – oder Schichtwechsel bei Bedrohung, Verbesserung der Sicherheit der Betriebsstätten, Sicherheitstrainings, Mobiltelefone für gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter, Darlehen für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Gewerkschaftseinrichtungen. Außerdem haben die lokalen Abfüllbetriebe sich durch Plakate und Zeitungsanzeigen von den paramilitärischen Bedrohungen distanziert.

Was bleibt unbeantwortet?

Die Leitprinzipien für die Zulieferer wurden in einem Gespräch mit den Vertreter/-innen der Coca-Cola GmbH im Juni 2008 thematisiert. Wir machten dabei deutlich, dass die Leitlinien aus unserer Sicht zu vage formuliert sind und sich nicht als verbindliche Richtlinien eignen. Man versprach uns die Möglichkeit der Konkretisierung der Leitlinien zu überprüfen und uns die Stellen zu nennen, die die Überprüfung der Leitlinien durchführen. Im Januar 2010 erhielten wir Auskunft, dass es sich dabei um „STR Responsible Sourcing“ und „Intertek“ handelt, ein US-amerikanisches und ein britisches Unternehmen. Expert/-innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisieren die Überprüfung von Sozial- und Umweltstandards durch solche Unternehmensberatungen, da sie einerseits durch die zu überprüfenden Unternehmen finanziert, andererseits nicht über das notwendige Know-How im sozialen und Umweltbereich verfügen würden. Eine Präzisierung der Leitlinien hat unseres Wissens bis heute nicht stattgefunden.

Im Mai 2008 konnten wir mit einem Vertreter der Gewerkschaft SINALTRAINAL während seines Deutschlandbesuchs mehrere Gespräche führen. Er bestätigte, dass die Arbeitsbedingungen der festangestellten Mitarbeiter/-innen bei Coca-Cola gut seien. Über gesicherte Arbeitsverträge würden jedoch nur sehr wenige Mitarbeitende verfügen. Er berichtete, dass es in den Coca-Cola – Abfüllern in der Vergangenheit Massenentlassungen gegeben habe. Dadurch seien ein Großteil der Mitarbeiter/-innen der Coca-Cola – Abfüllbetriebe zu Subunternehmern, Konzessionären und Scheinselbständigen geworden. Dies führte für diese Arbeiter/-innen zu prekären Arbeitsbedingungen und sie konnten nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaft sein. Die Gewerkschaften seien dadurch auch personell sehr geschwächt worden. Regelmäßige Überprüfungen der Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben konnte er darüber hinaus nicht bestätigen. Auch ernsthafte Bemühungen des Managements, Einfluss auf die Paramilitärs auszuüben, um die Bedrohungen zu beenden und die Fälle in der Vergangenheit aufzuklären sowie die Bereitschaft zum Dialog mit den betroffenen Gruppen wurden von SINALTRAINAL vermisst. Die Bedrohungssituation existiert bis heute.

Die Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Im Juni und Juli 2008 führte die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) eine Untersuchung durch, die einen Großteil dieser Vorwürfe bestätigte.

Es handelt sich dabei um eine unabhängige Untersuchung zu den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/-innen in mehreren Abfüllbetrieben der Coca-Cola Company in Kolumbien. Diese so genannte „Evaluation Mission – Coca-Cola Bottling Plants in Colombia“ wurde durch das Coca-Cola Management sowie durch die Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittel-Arbeiter/-innen-Gewerkschaften (IUL) angefragt. Sie wurde unterstützt durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und die Internationalen Arbeitgeberorganisationen (IOE) sowie die kolumbianischen Behörden und nationalen Arbeitnehmer/-innen- und Arbeitgeberorganisationen.

Die Untersuchung war zunächst eine Reaktion auf die Studentenproteste in den USA gegen die Unternehmenspolitik von Coca-Cola in Kolumbien und sollte bereits 2006 durchgeführt werden. Die Tatsache, dass es diese Untersuchung schließlich gegeben hat, ist ein Beispiel dafür, dass sich durch einen Boykott und eine öffentliche Aufklärungskampagne etwas bewirken lässt. Die Untersuchung thematisiert jedoch nicht die Mord- und Bedrohungsfälle und wurde von Coca-Cola auch zum Anlass genommen, schon bereits zugesagte andere unabhängige Untersuchungen, die auch diese Aspekte miteinbezogen hätten, abzulehnen.

Die Ergebnisse der Untersuchung

Die Untersuchung der ILO kommt zu dem Schluss, dass die unter Tarifvertrag stehenden Festangestellten unter guten Bedingungen arbeiten und angemessene Löhne erhalten. Die Untersuchung weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass der weitaus größere Anteil der Mitarbeitenden als Subunternehmer/-innen angestellt ist. Dies bedeutet, dass für sie weder die „Leitprinzipien für Zulieferer“, noch in den Betrieben vereinbarte Löhne und Arbeitsbedingungen gelten. Dies äußert sich konkret zum Beispiel in niedrigen Löhnen und Arbeitszeiten von teilweise 18 bis 24 Stunden. Auch im Bereich der Sicherheit und Gesundheit bescheinigt die Untersuchung den Abfüllern zwar die Einhaltung der Gesetzgebung sowie Verbesserungsmaßnahmen als Folge von Unfällen, doch auch hier haben nicht direkt angestellte Arbeiter/-innen keine Rechte. Für eine Verbesserung der Situation können sie sich nur schwer einsetzen, denn diese als Subunternehmer angestellten Arbeiter/-innen haben keine Möglichkeit einer Gewerkschaft beizutreten.

Wie auch der Gewerkschaftsvertreter beschrieb, stellt die ILO-Studie fest: Mitte der 90er Jahre wurden die Arbeitsprozesse in den Abfüllbetrieben umstrukturiert. Arbeiter/-innen, die vorher direkt angestellt waren, kamen durch diese Umstrukturierung in ein neues Beschäftigungsverhältnis mit dem Unternehmen. Es wird ein Zusammenhang zwischen der Praxis des „Outsourcings“ und dem Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bestätigt.⁶ Außerdem wurden Restriktionen für Gewerkschaftsmitglieder in Bereichen wie Mitarbeitertrainings, Unterstützung bei der Ausübung von Gewerkschaftsrechten und insgesamt durch die Grundhaltung von Unternehmensvertretenden gegenüber Gewerkschaften festgestellt.

Die Tatsache, dass in den meisten Abfüllbetrieben ganze Arbeitsbereiche, wie Verpackung, Vertrieb und Verkauf, ausgegliedert wurden und ein Großteil der Mitarbeiter/-innen entweder über Zeitarbeitsagenturen oder über kommerzielle Verträge tätig sind, wird von der ILO als sehr bedenklich eingestuft.

Die ILO - Untersuchung empfiehlt unter anderem:

- die Praxis des Subunternehmertums zu überdenken, und die Zahl der Konzessionäre und Zeitarbeiter/-innen zu limitieren,
- das Recht auf freie Gewerkschaftsbildung auch für nicht direkt angestellte Arbeiter/-innen zu gewährleisten
- die gleichen Arbeitsbedingungen für alle herzustellen
- eine weitere Untersuchung zur Situation der nicht direkt angestellten Arbeiter/-innen durchzuführen.
- die vollständige Gewährleistung von Gewerkschaftsfreiheit: Unterstützung von Gewerkschaftsaktivitäten, faire Behandlung von Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären, Gewerkschaftsfreiheit auch für „Scheinselbstständige“
- Dialogbereitschaft des Unternehmens im Bezug auf die Gewerkschaften.

Konsequenzen aus der ILO-Untersuchung

Die Untersuchung der ILO bestätigt einen Großteil unserer Forderungen und zeigt, dass auch andere Gewerkschaften diese unterstützen. So sagt Ron Oswald, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes IUL in einer Pressemitteilung zu den Ergebnissen der ILO-Untersuchung:

„Wir erwarten nunmehr, dass The Coca-Cola Company und FEMSA, ihr Hauptabfüller in Kolumbien, ernsthafte Gespräche mit Gewerkschaften in Kolumbien und der IUL aufnehmen, um die Nutzung prekärer Beschäftigungsverhältnisse als Instrument, Arbeitnehmern ihre Rechte zu verweigern, zu vermindern. Wir erwarten von dem Unternehmen ferner, dass es seine Abfüller veranlasst, ihre Unterstützung für das Parallelsystem unternehmensbeherrschter Organisationen einzustellen und Arbeitnehmern die faire und uneingeschränkte Möglichkeit zu bieten, unabhängigen Gewerkschaften ihrer Wahl beizutreten.“⁷

Unmittelbar nach Erscheinen der ILO-Untersuchung wurde dem BDKJ ein Maßnahmenplan versprochen, in dem die größte Coca-Cola -Abfüllfirma in Kolumbien, bis Ende 2008 die Verbesserungsmaßnahmen als Reaktion auf die Studie einleiten würde. In einem Gespräch im April 2009 konnten Vertreter/-innen der katholischen Jugendverbände mit den Vertreter/-innen von Coca-Cola die Schlussfolgerungen aus der Studie besprechen. Nach mehrmaligem Nachfragen erhielt der BDKJ schließlich im Januar 2010 erste Informationen über Maßnahmen die das größte Abfüllunternehmen in Kolumbien eingeleitet haben soll:

Arbeitsbedingungen

- Verzicht auf indirekte Vertragsarbeit in Produktion und Vertrieb.
- Erhöhung der Gehälter der Mitarbeitenden im Außendienst und der LKW-Fahrer. Erstellung eines Plans zur zukünftigen Reduzierung der Wochenarbeitszeit für LKW-Fahrer.
- Einrichtung eines Audit-Systems zur regelmäßigen Überprüfung aller Partnerfirmen, die Vertragsarbeiter beschäftigen, im Hinblick auf die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Vorgaben und Richtlinien.

Gewerkschaften

Betriebliche Abkommen sollen jetzt gleichzeitig mit gewerkschaftlichen Abkommen ausgehandelt werden und man bemüht sich weiter um eine Verbesserung der Beziehungen zu den Gewerkschaften. Ab Februar 2010 beginnt die Aushandlung eines neuen Tarifvertrags mit allen sechs Gewerkschaften.

Arbeitssicherheit und Gesundheit

Verbesserung der Arbeitssicherheit und Krankenversicherung, interne Trainings, stärkere Einbindung von Gewerkschaftsvertretern in die Planung von Arbeitssicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen.⁸ -

Was bleibt offen?

Diese Maßnahmen, die uns die Coca-Cola GmbH als Konsequenz aus der ILO-Untersuchung genannt hat, hören sich gut an: eine Tendenz in die richtige Richtung.

Allerdings scheinen sie in Kolumbien nicht angekommen zu sein. Die Gewerkschaft SINALTRAINAL informiert uns, dass weder das Subunternehmertum abgeschafft, noch ihre Situation verbessert worden sei. Außerdem seien entgegen der Aussage von Coca-Cola die betrieblichen Abkommen weiter gestärkt worden. Bestätigt wird uns, dass der Dialog mit den Gewerkschaften nun stärker geführt wird. Ein begrüßenswerter Schritt hin zu mehr Kommunikation und Berücksichtigung der Belange der Betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Doch dort angelangt ist man noch lange nicht.

„Die Situation der Arbeiter ist schlimmer geworden. Neue Bedrohungen, Verletzung ihrer Rechte, Vertragsänderungen sind aufgetreten.“

Edgar Paez, SINALTRAINAL⁹

Es gilt nun, die Umsetzung der versprochenen Maßnahmen einzufordern. Absichtserklärungen auf dem Papier sind nicht ausreichend.

Aufklärung der Mordfälle und Bedrohungen

Inhalt der ILO-Untersuchung waren nicht die Bedrohungs- und Mordfälle der Mitarbeiter in den Coca-Cola Abfüllbetrieben, sondern nur die aktuellen Arbeitsbedingungen für direkt angestellte Arbeitnehmer/-innen.

Für die Mordfälle an Mitarbeitern der Coca-Cola – Abfüller zwischen 1996 und 2002 konnte bis heute niemand zur Rechenschaft gezogen werden. Es gab bisher mehrere Gerichtsverfahren, die entweder aufgrund fehlender Beweise oder weil sich Gerichte in den USA als nicht zuständig angesehen haben, zu Freisprüchen beziehungsweise Abweisung der Klage führten. Man muss dabei berücksichtigen, dass es aufgrund der schwierigen politischen Situation in Kolumbien bisher so gut wie kein Verfahren zu Morden an Gewerkschaftler/-innen oder Menschenrechtsaktivist/-innen gab, das eine Verurteilung oder die Ermittlung von Tätern nach sich gezogen hätte.

Das Ständige Tribunal der Völker¹⁹ hat nach einer von 2006 bis 2008 andauernden Anhörung im Juli 2008 den kolumbianischen Staat sowie mehrere transnationale Firmen, unter ihnen die Coca-Cola Company, für schuldig befunden, an Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien direkt und indirekt beteiligt gewesen zu sein und von ihnen profitiert zu haben.

Die Aufklärung der Mord- und Bedrohungsfälle bleibt also aus. Die Bedrohungssituation geht trotz Schutzmaßnahmen ungemindert weiter. Erst im November 2009 wurden mehrere führende Gewerkschaftsmitglieder von der paramilitärischen Gruppe „Front der schwarzen Adler“ mit dem Tode bedroht. Es gilt eine unabhängige Untersuchung durchführen.



Indien

Argumentation von Coca-Cola

Auf die umfangreiche internationale Kritik an den Produktionsanlagen in Indien und deren Auswirkung auf die lokale Bevölkerung reagierte das Coca-Cola Unternehmen 2007 mit folgenden Argumenten:

- Die indischen Werke haben zwischen den Jahren 1999 und 2006 ihren Wasserverbrauch um 35 Prozent gesenkt und arbeiten kontinuierlich an einer weiteren Absenkung.
- Durch den Bau von Brunnen und Regenwasserauffanganlagen soll in wasserarmen Gebieten dem Wassermangel entgegengewirkt werden.
- Alle Produktionsstandorte erfüllen die nationalen Gesetzesstandards für den Umgang mit der Ressource Wasser.
- Künftig sollen bei der Wahl neuer Produktionsstandorte die Bedürfnisse der Bevölkerung mit einbezogen werden.

Argumente der Betroffenen

Der Vorwurf, dass in wasserknappen Gebieten Trinkwasser sowie notwendiges Wasser für die Landwirtschaft verbraucht wird, bleibt bestehen. Auch gegen die Boden- und Wasserverschmutzung soll nichts getan worden sein. Einzelne, installierte Regenwasserauffanganlagen sind unzureichend und häufig nicht funktionstüchtig. Bemängelt wird außerdem die fehlende Dialogbereitschaft und Informationspolitik des Unternehmens gegenüber der betroffenen Bevölkerung. Bei der Installation von Regenwasserspeichern oder anderen Wasserschutzmaßnahmen, geschweige denn bei der Entscheidung von Produktionsstandorten werden die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort bisher nicht einbezogen.

Die TERI-Studie

Im Jahr 2004 kamen die Universität von Michigan, die sich damals auch im Coca-Cola Boykott befand, und das Coca-Cola Management zur Übereinkunft, dass ein unabhängiges Institut die Vorwürfe der Studierenden in Bezug auf den Umgang mit Wasser bei der Produktion von Coca-Cola in Indien überprüfen soll. The Energy and Resource Institute (TERI), ein international anerkanntes Institut mit Sitz in Neu Delhi in Indien, hat im Januar 2008 das Ergebnis einer solchen Studie vorgelegt. Die Studie stellt fest:

- den kritischen Rückgang der Grundwasserstände im Umkreis der untersuchten Anlagen, verbunden mit der Empfehlung eines der Werke in einem extrem wasserbeanspruchtem Gebiet (Kala Dera) zu schließen.
- einige der untersuchten Abfüllanlagen wurden in Gebieten angesiedelt, die bereits zuvor von Wasserknappheit betroffen waren.
- die meisten der behördlichen Standards der Regierung in Bezug auf die Wasserqualität werden erfüllt, nicht aber die Coca-Cola - eigenen Standards des Abwasser-Managements. Im Abwasser einiger Anlagen wurden überhöhte Maße bestimmter chemischer Rückstände gefunden.

- den alarmierenden Anstieg der Umweltverschmutzung, welchen Gemeinden in der Nachbarschaft der Coca-Cola Abfüllanlagen beschreiben. Das Gutachten ist jedoch nicht in der Lage die Ursache der Verschmutzung zu identifizieren und rät zu weiterführenden Studien.

Die TERI-Studie empfiehlt weiterhin, das informelle Recht der Bauern und Bäuerinnen, Grundwasser zur Bewässerung zu entnehmen, zu respektieren.

Das India Resource Center, das seit Jahren die Proteste gegen Coca-Cola in Indien begleitet, sieht die Vorwürfe und Bedenken der umliegenden Bevölkerung von der TERI-Studie bestätigt. Die Ergebnisse machten deutlich, dass Coca-Cola weder bei der Errichtung seiner Abfüllbetriebe noch bei den Produktionsabläufen oder der Abwasserentsorgung die Auswirkungen auf die Bevölkerung bedacht habe. Die Rechte der Bevölkerung, Grundwasser für Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung zu nutzen, hätten für das Unternehmen offensichtlich keine Bedeutung. Das India Resource Center fordert die Schließung dreier Abfüllanlagen und deren Umsiedlung in eine Gegend mit Wasserüberschuss. Das India Resource Center kritisiert weiterhin die mangelhaften Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Böden durch Abfälle und Abwasser, die von der TERI-Studie angesprochen wurden.

Konsequenzen aus der TERI-Studie

In einem Gespräch mit dem BDKJ im April 2009 kündigten die Mitarbeiter/-innen von Coca-Cola als Reaktion auf die Studienergebnisse Verbesserungsmaßnahmen im Bereich des Wassermanagements und die Entwicklung einer umfassenden Corporate Responsibility - Strategie für die Produktion in Indien an. Im Januar 2010 legte Coca-Cola neue Richtlinien für das Abwassermanagement und für das Wirtschaften in von Wasserknappheit betroffenen Gebieten vor. Für die Wassernutzung in Coca-Cola Abfüllanlagen gelten demnach folgende Maßstäbe:

1. *Es muss ausreichend (sauberes) Wasser vorhanden sein, um die Bedürfnisse der Bevölkerung, des Ökosystems und der Produktion nachhaltig zu erfüllen.*
2. *Es muss eine behördliche Erlaubnis oder eine Nutzungslizenz vorliegen.*
3. *Die Wassernutzung muss, über die juristische Lage hinaus, – politisch unterstützt und öffentlich akzeptiert sein. Das verlangt nach Austausch mit der lokalen Bevölkerung und Politik, der genauen Kenntnis ihrer Bedürfnisse und Erwartungen und der Schaffung von Vertrauen in das Handeln am Produktionsstandort.¹¹*

Darüber hinaus hat Coca-Cola die unternehmensinternen Anforderungen an das Abwassermanagement überarbeitet und Anforderungen an den Trinkwasserschutz formuliert. Inwieweit diese Ansprüche eingehalten werden bleibt abzuwarten. Über die für 2008 in Aussicht gestellte Corporate Responsibility-Strategie liegen dem BDKJ weiterhin keine Informationen vor.

Durch das Errichten von Regenwasserauffangananlagen will das Unternehmen grundwasserneutrale Produktion erreichen. Auf Nachfrage des BDKJ listete Coca-Cola eine Vielzahl lokaler Wasserschutz oder –speicherprojekte in zahlreichen Bundesstaaten Indiens auf. Über

die tatsächliche Speicherkapazität und deren Effektivität macht das Unternehmen keine genauen Angaben. Offen bleibt auch, wer Projekte plant, auswählt und durchführt, ob und inwieweit die lokale Bevölkerung bei Entscheidungen und Umsetzungen einbezogen werden oder welche Gründe letztendlich ausschlagend sind.

Genannt wird außerdem eine bundesweite Kooperation mit 39 SOS-Kinderdörfern, in denen Regenwassersammelsysteme installiert werden sollen.

Entgegen der Ergebnisse der TERI-Studie behauptet Coca-Cola im Januar 2010, dass die Wassernutzungszahlen am Standort Kala Dera von 2008 belegen, dass die Regenwasserauffangbecken selbst in einem regenarmen Jahr mehr als fünfmal soviel Wasser in das Grundwassersystem zurückführen als die Produktion verbrauchte. Auch der durchschnittliche Wasserverbrauch des Werkes sei in den letzten fünf Jahren um über 40 Prozent reduziert worden – Dennoch ein zu unakzeptabler Verbrauch in einem derart wasserknappen Gebiet, wie die Bevölkerung und Wissenschaftler/-innen finden.

„Für eine Firma die von Public Relations nur so trieft – sie gibt jährlich 2,5 Milliarden für Marketing aus - scheint das Mantra zu sein, dass ein gutes Image herüberzubringen wichtiger ist als gute Unternehmenspraxis.“¹²

Amit Srivastava, India Resource Center

Was bleibt offen?

Projekte, wie die Installation von Regenwassersammelsystemen in SOS-Kinderdörfern sind gute – und sicherlich öffentlichkeitswirksame - Initiativen, die jedoch nicht davon entbinden, den von Wasserknappheit und Umweltschäden in Umfeld der Anlagen Betroffenen zu helfen. Regenwassersammelsysteme scheinen der Fokus des Unternehmens zu sein, nicht etwa die Überlegung, die Produktion in wasserknappen Gebieten einzustellen.

Nach Einschätzung des Indian Resource Center ist das Ziel der wasserneutralen Produktion utopisch. Ebenso zweifelt das Indian Resource Center die Angaben zu Wasserfördermengen der Regenwasserauffangananlagen an. Viele der Anlagen sind wegen schlechter Wartung bereits wieder funktionsuntüchtig. Da 80 Prozent des Regens beispielsweise in Kerala während der Regenzeit nur an wenigen Tagen fallen, sei es technisch mit diesen Anlagen unmöglich, solche großen Mengen in dieser kurzen Zeit aufzufangen. In der Trockenzeit, wenn der Wasserbedarf wächst, sind die aufgefangenen Wasserreserven häufig bereits vertrocknet oder versickert. Angaben über einen laut Coca-Cola gestiegenen Grundwasserspiegel in der Gegend um die Produktionsanlage in Kala Dera in Indien werden durch öffentliche Daten sogar deutlich widerlegt.¹³

Über Entschädigungszahlungen oder Maßnahmen zur Verringerung der Umwelt-, Boden- und Trinkwasserbelastung, beispielsweise in der Gegend um die stillgelegte Abfüllanlage Planchimada macht Coca-Cola keine Angaben.

„Coca-Cola hat in Plachimada ein Regenwasser-Rückgewinnungssystem entwickelt. Das System funktioniert nicht, denn das Wasser, das sich in der Regenzeit in den Becken sammelt, versickert, und die Brunnen sind in der Trockenzeit genau so leer wie ohne das System. Das System wurde nur für wenige Farmer mit besonderem Status gebaut, um sie vom Protest gegen den Konzern abzuhalten. Die Farmer wussten beim Bau des Systems nicht, wer der Auftraggeber war, und hätten es verhindert, wenn sie gewusst hätten, dass es von Coca-Cola kommt.“¹⁴

Ruben Edelmann, KLJB

Am 22. März 2010 hat eine durch die Regierung vom indischen Staat Kerala eingesetzte Kommission empfohlen, dass die Coca-Cola Company zu Entschädigungszahlungen von 48 Millionen Dollar für die Betroffenen rund um die Abfüllanlage in Plachimada verpflichtet und für die schweren Schäden haftbar gemacht werden soll.

„Das Komitee ist zu dem Schluss gekommen, dass das Unternehmen für diese Schäden verantwortlich ist und Kompensationszahlungen für die betroffenen Menschen zum Ausgleich ihrer landwirtschaftlichen Verluste, Gesundheitsprobleme, Lohneinbußen, Verlust von Bildungsgelegenheiten und die Wasserverschmutzung verpflichtend sind“

heißt es in dem Bericht. Nun kommt es auf die Politik an, den entsprechenden politischen Willen zu zeigen und der Empfehlung zu folgen.¹⁵



Unser Fazit

Unser Boykott hat etwas bewegt oder zumindest kleine Anstöße gegeben. Doch das ist nicht genug! Mit Stolz präsentiert Coca-Cola Preise wie bspw. den 2. Platz im „Green Ranking“ des amerikanischen Newsweek-Magazins, das Ressourcennutzung, Nachhaltigkeitsstrategie und Ruf in der Wirtschaft der 500 größten US-Unternehmen vergleicht. Bei einem globalisierten Unternehmen, das für sich den Anspruch „Verantwortung“ und „Nachhaltigkeit“ erhebt, darf es nicht bei Einzelmaßnahmen bleiben, und schon gar nicht darf es bei Willensbekundungen auf dem Papier! Was zählt sind die Rechte und Bedürfnisse der Menschen!

Der Coca-Cola-Konzern macht sich durch unbrauchbare Regenwasser Rückgewinnungssysteme ohne Recht ein besseres Image. Von einem so bedeutenden Weltkonzern hätte ich mehr erwartet als eine solch billige Täuschung. Es ist ganz klar, dass es dem Konzern nur um Profit geht und dass keine wirkliche Verantwortung für die Umwelt übernommen wird. Ein solches Verhalten muss boykottiert werden. (...) Am Abend meines letzten Tages in Plachimada wurde ich gefragt, ob mein Projekt jetzt zu Ende sei, doch für mich steht fest: Jetzt geht's erst richtig los!“¹⁴

Ruben Edelmann, KLJB

Mit Blick auf die Gültigkeit der eingangs erwähnten Vorwürfe von 2007 lässt sich zusammenfassend folgendes sagen:

1. Soziale und ethische Verantwortung

Leider müssen wir nach unserer Recherche noch immer hinter diesem Kritikpunkt stehen, solange die in der ILO-Untersuchung beschriebenen Missstände in Kolumbien und die in der TERI-Studie beschriebenen Missstände in Indien nicht grundlegend behoben sind.

2. Einhaltung des Menschenrechtes auf freie Gewerkschaftsbildung

Die Kritik an der Gewerkschaftspolitik des Unternehmens zieht sich sowohl durch offizielle Dokumente der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) als auch der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittel-Arbeiter/innen-Gewerkschaften (IUL) sowie lokaler Gewerkschaften.

3. Die Produktion bedroht die Umwelt

Trotz dringender Empfehlungen durch die TERI-Studie, die Produktion an gewissen Standorten in Indien einzustellen oder zu verlagern, trägt die Coca-Cola Company an diesen Standorten weiter zur Absenkung des Grundwassers in extrem wasserknappen Gebieten bei. Deshalb halten wir auch an diesem Kritikpunkt fest.

4. Die Coca-Cola Company bewertet das Eigentum des Konzerns höher als eine ausreichende Grundwasserversorgung

Auch dieser Vorwurf lässt sich noch nicht entkräften, wenn man die Berichte aus den wasserknappen Produktionsstandorten in Indien ernst nimmt. Beispielsweise in Plachimada hat sich auch Jahre nach der Schließung der Abfüllanlage das Grundwasser noch nicht vollständig erholt und die Bevölkerung ist auf Trinkwasserlieferungen durch Tanklaster angewiesen.

5. Die Firmenpolitik hat sich seit den ersten Vorwürfen in den 1990er Jahren nicht verändert.

In Anbetracht der Tatsache, dass es Bemühungen des Unternehmens gibt, Schaden zu begrenzen, kann man dieser Aussage ein „nicht ausreichend“ hinzufügen.

Als Reaktion auf die Unternehmenspolitik von Coca-Cola hat sich inzwischen sogar eine „Globale Allianz der Coca-Cola-Beschäftigten gegen Outsourcing und Leiharbeit“ aus Gewerkschaften aus aller Welt gegründet.¹⁶

„Ich schätze die Arbeit des BDKJ insbesondere im Bezug auf die großen transnationalen Konzerne wie Coca-Cola und ihre negativen Praktiken in Ländern wie Indien.“¹⁷

Mehulbhai Kantibhai Dabhi,
Präsident der Internationalen Bewegung Katolischer Studierender



Ausblick: Wie geht es weiter?

„Dran bleiben“ heißt jetzt die Devise. Es hat sich etwas bewegt, aber noch sind viele Fragen zu den Vorfällen in Kolumbien und Indien ungeklärt. Wer sich in Kolumbien in bestimmten Gewerkschaften organisiert, muss noch immer mit Morddrohungen rechnen. Auch in Indien wird nach wie vor in wasserarmen Gebieten produziert, Entschädigungen für Betroffene stehen aus. Sowohl die Betroffenen in Indien als auch in Kolumbien klagen den Konzern weiter an und erbeten unsere Unterstützung. Für die Menschen vor Ort ist die internationale Solidarität und die Öffentlichkeit, die wir hier schaffen, eine große Hilfe und bedeutet auch ganz konkret insbesondere für die Gewerkschafter/-innen in Kolumbien Schutz für ihr Leben!

„Eure Unterstützung ist uns willkommen! Niemand hat das Recht, Wasser und Luft zu verschmutzen. Ihr müsst dafür kämpfen. So wie wir in Plachimada müsst ihr in Deutschland gegen Coca-Cola kämpfen. Dann werden wir gewinnen.“¹⁸

P.V. Shahul Hamid

Forderungen an Coca-Cola

Wir fordern daher Coca-Cola heute auf, den Absichtserklärungen auch konkrete und spürbare Verbesserungen für die Menschen vor Ort folgen zu lassen. „Make it real, now!“ ist daher auch der Titel dieser Broschüre!

Demnach fordern wir weiterhin:

Dialog mit Betroffenen und Nutzung des politischen Einflusses

- Dialog mit den Betroffenen der Bedrohungen und Gewerkschaftsmitgliedern zu Arbeitsrechten, Gewerkschaftsfreiheit, Umweltschutz, die Aufklärung der Mordfälle in der Vergangenheit und der aktuellen Bedrohungssituation, in der sich die Gewerkschaftsführenden befinden,
- Dialog mit den betroffenen Gemeinden rund um die Abfüllanlagen in Indien mit dem Ziel gemeinsamer Lösungsfindung.
- Nutzung des politischen Einflusses, um die Umsetzung von Arbeitnehmerrechten, die Aufklärung der Morde und Bedrohungsfälle, Umweltschutz und Ernährungssicherheit für alle Menschen zu gewährleisten.
- Einflussnahme des Konzerns in Richtung Paramilitärs, um auf ein Ende der Bedrohungen hinzuwirken

Arbeitnehmendenrechte/Gewerkschaftsbildung

- Einhaltung der Standards, zu denen sich Coca-Cola selbst verpflichtet hat, wie die des „Global Compact“ und die „ILO-Kernarbeitsnormen“ sowie die Einhaltung der von Coca-Cola entwickelten „Principles of Citizenship“, „Workplace Rights Policy“ und „Human Rights Statements“.
- Einhaltung der Vorgaben des Zivilpaktes (§ 22,1 – das Recht auf freie Gewerkschaftsbildung) und des Sozialpaktes der Vereinten Nationen;

Dies beinhaltet:

- Einführung von festen und sozial abgesicherten Arbeitsverträgen sowie existenzsichernde Löhne für alle für Coca-Cola tätigen Mitarbeiter/-innen.
- Unterstützung von Gewerkschaftsaktivitäten, faire Behandlung von Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionär/-innen.
- Schutz der Mitarbeiter/-innen in Abfüllbetrieben.

Aufklärung der Morde und Bedrohungen

- Zulassung einer unabhängigen Untersuchung, die die Hintergründe der Morde in der Vergangenheit und die aktuellen Fälle von Bedrohung aufklärt.
- Eine breit angelegte öffentliche Distanzierung von Gewalt gegen Gewerkschafter/-innen und den Aktionen der Paramilitärs durch die Coca-Cola Company und Coca-Cola FEMSA S.A.

Keine weiteren Umweltschäden und Zugang zu Ressourcen und Ernährungssicherheit für alle Menschen:

- Keine Produktionsanlagen in Gebieten mit Wasserknappheit.
- Prüfung aller Anlagen auf ihre Neutralität im Bezug auf Wasserverbrauch und die Verschmutzung von Böden und Grundwasser.
- Umsetzung eines nachhaltigen Wasser-, Abwasser- und Umweltmanagements auch in den von Wasserknappheit bedrohten Gebieten.
- Ausgleichszahlungen für Umwelt- und gesundheitliche Schäden, die durch Versalzung der Böden und Wasserknappheit entstanden sind.
- Keine Vermarktung von Produkten mit erhöhtem Pestizidgehalt.

Was bedeutet das für unser Engagement?

Das Verhalten der Coca-Cola Company ist kein Einzelfall. Wir behaupten nicht, dass andere große Konzerne nicht auf ähnliche Weise Menschenrechte missachten, um ihre Geschäftsziele zu erreichen. Exemplarisch für andere Konzerne wollen wir durch öffentlichen Druck an die Verantwortung des Unternehmens appellieren und auf diese Weise ein Zeichen setzen. Auch wenn sich die Unternehmenspolitik nicht geändert hat, so konnten wir doch erreichen, dass sich viele Menschen mit dem Thema auseinandersetzen. Damit können wir dazu beitragen, dass Menschenrechte für immer mehr Unternehmen zum Thema werden. Dies sollte uns motivieren unsere Macht als Konsumierende zu nutzen. Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung bei der Herstellung von Produkten sowie beim Angebot von Dienstleistungen müssen durch unser Kauf-Votum im wahrsten Sinne des Wortes unrentabel werden. Dann wäre der Kunde wirklich König!

Doch die Bemühungen unseren Lebensstil und unser Einkaufsverhalten zu verändern reichen nicht aus. Langfristige Verbesserungen brauchen strukturelle Veränderungen. Die Politik steht in der Verantwortung, verbindliche Rahmenbedingungen für sozial und ökologisch verantwortliches Wirtschaften und Produzieren zu schaffen und für deren Einhaltung zu sorgen. Als kritische Konsumierende sollten wir unsere Rechte als Bürgerinnen und Bürger nutzen und politische Entscheidungsträger/-innen an diese Verantwortung erinnern.

Unser Aufruf zum kritischen Umgang mit Produkten des Coca-Cola – Konzerns ist also nicht für sich alleine, sondern im Zusammenhang mit einem breiten Engagement für Kritischen Konsum zu sehen. Kritischer Konsum erfordert den Beitrag von Verbraucherinnen und Verbrauchern als auch von den Akteuren in Politik und Wirtschaft – für die Gestaltung einer solidarischen, zukunftsfähigen und auf Menschenrechten basierenden Welt.



Links

BDKJ und Mitgliedsverbände:

- www.bdkj.de
 www.bdkj.de/kritischerkonsum (Die Internetplattform zum Kritischen Konsum des BDKJ)
 www.stilvollerleben.de (Die Kampagne der KLJB zum Kritischen Konsum)
 www.dpsg.de/aktionen/kritischerkonsum.html
 (Die Seite zum Kritischen Konsum des DPSG)
 www.fair4you-online.de (Die Jugendseite des Fair Trade e.V. zum Fairen Handel)

Kampagnen zum Thema:

- www.saubere-kleidung.de (Die Kampagne für Saubere Kleidung)
 www.cora-netz.de (Das Netzwerk für Unternehmensverantwortung)
 www.supermarktmacht.de (Die Kampagne für faire Arbeitsbedingungen in Produktion und Vertrieb der Supermärkte)
 www.makelTfair.org (Die Kampagne für faire Arbeitsbedingungen im IT-Bereich)
 www.fair-spielt.de (Die Kampagne für faire Arbeitsbedingungen in der Spielzeugindustrie)

Mehr Information:

- Coca-Cola GmbH Deutschland: www.coca-cola-gmbh.de
- Coca-Cola Abfüller Kolumbien/Lateinamerika: www.coca-colafemsa.com
- Kolumbien Kampagne: www.labournet.de/internationales/co/cocacola/grundinfos.html
- India Resource Center: www.indiaresource.org
- International Labour Forum: www.laborrighs.org
- Kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal: www.sinaltrainal.org
- Menschenrechte für Kolumbien: www.kolko.de
- Multiwatch: Damit Multis die Menschenrechte respektieren:
www.multiwatch.ch/de/p97000381.html
- Forderungskatalog der Globalen Allianz der Coca-Cola-Beschäftigten gegen Outsourcing und Leiharbeit:
www.iuf.org/drupal/files/Alliance_Charterofdemands_final_de.pdf
- Coca-Cola workers worldwide: www.iuf.org/drupal/
- Visions of Labor (best-practice Beispiele für neuartige und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit): www.visions-of-labor.org

Anmerkungen und Quellen

- 1 Grundlage für diese Kritik bilden die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (insbesondere Artikel 23), der Internationale Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (insbesondere Artikel 22,15) und der Internationale Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (insbesondere Artikel 7 und 8).
- 2 „The Coca-Cola Company“ ist der Name des internationalen Konzerns mit Sitz in Atlanta/Florida. Zur sprachlichen Vereinfachung verwenden wir „die Coca-Cola Company“.
- 3 „Corporate Social Responsibility“ bezeichnet ein Unternehmenskonzept, das alle sozialen, ökologischen und ökonomischen Beiträge eines Unternehmens zur **freiwilligen** Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung beinhaltet.
- 4 Die „Leitprinzipien für Zulieferer“ (Supplier Guiding Principles) gelten für alle Coca-Cola - Zulieferer weltweit.
- 5 Die ILO-Kernarbeitsnormen bilden die Grundprinzipien der ILO, legen Normen für die Bereiche Vereinigungsfreiheit, Beseitigung von Zwangsfreiheit, Abschaffung der Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung fest und richtet sich an ihre Mitgliedsstaaten.
- 6 ILO: Colombia Mission FINAL, 8. Okt 08, S. 23, 64.
- 7 Pressemitteilung IUF zur Veröffentlichung des ILO-Berichtes, http://www.iuf.org/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=5449&view_records=1&ww=1&de=1
- 8 Gekürzt übernommen aus einem Informationsschreiben von Coca-Cola Deutschland an den BDKJ-Bundesvorstand, erhalten per E-Mail am 29. Januar 2010.
- 9 Nachricht von SINALTRAINAL an den BDKJ vom 27. April 2010
- 10 Die Ständigen Tribunale der Völker verstehen sich als ethisches Gewissen der Völker und können dort abgehalten werden, wo staatliche Justiz versagt. Sie beziehen sich auf die internationalen Menschenrechtskonventionen. <http://www.ilaweb.de/artikel/ila295/tribunalbogota.htm><http://www.internazionaleleliobasso.it/index.php?op=6&oid=3>
- 11 Nach einem Informationsschreiben von Coca-Cola Deutschland an den BDKJ-Bundesvorstand, erhalten per E-Mail am 29. Januar 2010.
- 12 Amit Srivastava, in: Reality Check for Coca-Cola´s Public Relations, Pressemitteilung des Indian Resource Center vom 16. April 2009, <http://www.indiaresource.org/campaigns/coke/2009/realitycheck.html>
- 13 In Kala Dera ist der Grundwasserspiegel laut offiziellen Zahlen zwischen August 2008 und August 2009 um weitere 4,29 Meter gesunken. Presseerklärung des India Resource Centers vom 11. März 2010 zu neuen offiziellen Daten über den sinkenden Grundwasserspiegel rund um die Coca-Cola-Produktionsanlage in Kala Dera <http://www.indiaresource.org/news/2010/1001.html>
- 14 Ruben Edelmann, Freiwilliger der KLJB im Weltkirchlichen Friedensdienst in Kerala Indien in: Coca-Cola in Plachimada – Ein Erfahrungsbericht von Ruben Edelmann
- 15 Presseerklärung des India Resource Centers vom 22. März 2010 <http://www.indiaresource.org/news/2010/1003.html>
- 16 <http://www.iuf.org/drupal/>
- 17 Mehulbhai Kantibhai Dabhi, Nachricht an den BDKJ vom 23. März 2010
- 18 PV. Shahul Hamid (betroffener Bauer neben der Abfüllanlage von Plachimada) in: Coca-Cola in Plachimada – Ein Erfahrungsbericht von Ruben Edelmann